

FREIE SICHT

Bundesrat: Auf zur Volkswahl!

REINER EICHENBERGER

Bald wählt das Parlament den Bundesrat. Bisher galt die Formel: «Je zwei Sitze für die drei grössten Parteien und einer für die viertgrösste.» Diese Formel ist jetzt bedroht. Wegen des Grüntrends gibt es fünf bis sechs «grosse» Parteien, die Anspruch auf Sitze erheben. Ist das berechtigt?



Die Verfassung sagt zur Wahl des Bundesrats nur, dass ihn die Bundesversammlung wählt. Die genaue Wahlregel wird im Parlamentsgesetz festgelegt: einzeln und nach dem Mehrheitsprinzip mit mehreren Wahlgängen. Von Zauberformeln, Ansprüchen und Absprachen steht gar nichts. Das Anspruchsgerede der Parteien ist also verfassungs- und gesetzesfern. Weshalb aber lieben die grossen Parteien Absprachen? Weil sie den Wettbewerb einschränken, die kleinen Parteien vom Bundesrat ausschliessen und ihnen selbst sowie ihren Amtsinhabern Sicherheit bringen: Ohne breite Absprachen könnten sich Mehrheitskoalitionen bilden, die sich alle Sitze holen. Solche Koalitionen sind aber instabil und die Sieger werden schnell zu Verlierern.

Nun aber werden die Absprachen immer dysfunktionaler: Je mehr Parteien im Bundesrat vertreten sein sollen, desto stärker wird das Parlament bei der Kandidatenauswahl eingeschränkt. Der Erfolg des Schweizer Systems beruht aber

«Die Parteien lieben Absprachen. Das verschafft ihnen Sicherheit.»

gerade darauf, dass nicht wie sonst üblich ein Regierungschef die Regierungsmitglieder kürt, sondern dass das Parlament selbst die Regierungsmitglieder frei aus vielen Kandidaten auswählen kann. Das bringt harten parteiinternen Wettbewerb um die Regierungämter, den zumeist diejenigen Kandidaten gewinnen, die stärker in der politischen Mitte positioniert sind. Das ist die geniale Klammer um das politische System der Schweiz: Das stark ausgeprägte Proporzsystem im Nationalrat und in den Kantons- und Gemeindeparlamenten bringt eine enorme Parteienvielfalt. Die Mehrheitswahlen der Gemeinde- und Kantonsregierungen und des Ständerates durch das Volk sowie des Bundesrates durch das Parlament mittert aber die Parteien wieder ein. Gerade die Wägsten und Besten jeder Partei haben einen Anreiz, nicht extrem, sondern moderat und kompromissbereit zu politisieren.

Diese wettbewerblichen Mehrheitswahlen aller Regierungsmitglieder durch Parlament oder Volk sind der Ursprung der Schweizer Konkordanzregierungen und weltweit einmalig. Sie funktionieren aber nur, solange die Wählenden frei sind und intensiver Wettbewerb zwischen vielen passablen Kandidaten herrscht. Wenn aber immer mehr Parteien einen Bundesrat haben sollen, ist das nicht mehr garantiert. «Parteienquoten» schränken die Auswahl an kompetenten Politikern zu stark ein. Als bessere Lösung drängt sich die Volkswahl des Bundesrates auf. Die Erfahrung in den Kantonen zeigt, dass sie parteilich, geschlechtlich und regional stark durchmischte, kompetente und funktionsfähige Regierungen bringt. Und sie erlaubt es den Bürgern, den Einfluss der politischen Parteien in Exekutive und Legislative unabhängig zu steuern. Das ist für eine wirksame Gewaltenteilung unabdingbar und bringt bessere Politik.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.